FIDLEG Kommentar

Bundesgesetz über die Finanzdienstleistungen und Bundesgesetz über die Finanzinstitute

Alexander Vogel Christoph Heiz Reto Luthiger

NAVIGATOR.CH orell füssli Orell Füssli Kommentar (OFK)

FIDLEG FINIG

Kommentar

Bundesgesetz über die Finanzdienstleistungen und Bundesgesetz über die Finanzinstitute und weiteren Erlassen

Dr. iur. LL.M. Alexander Vogel Dr. iur. LL.M. Christoph Heiz Dr. iur. Reto Luthiger

Ausgabe 2020



Vorwort

Das neue Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und das neue Finanzinstitutsgesetz (FINIG) sowie die entsprechenden Ausführungserlasse des Bundesrates stehen seit dem 1. Januar 2020 in Kraft und vervollständigen in Ergänzung zu den bestehenden Erlassen zum Finanzmarktinfrastrukturgesetz (FinfraG) und dem Finanzmarktaufsichtsgesetz (FINMAG) die grundlegende Neustrukturierung des Schweizer Finanzmarktaufsichtsrechts.

Das FIDLEG soll den Schutz der Anleger bei der Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen in der Schweiz modernisieren und an die in der EU geltenden Standards, namentlich die Regelungen der Markets in Financial Instruments Directive («MiFID II»), angleichen, ohne eine gewisse Regelungsautonomie aufzugeben. Vereinheitlichte Informations- und Dokumentationspflichten für Finanzdienstleister sollen den Anlegern die Vermögensanlage erleichtern und sicherstellen, dass Investitionsentscheide gestützt auf einer genügenden Informationsbasis erfolgen. Das FIDLEG reguliert so einerseits erstmals produkteübergreifend sowie grenzüberschreitend die Erbringung von Finanzdienstleistungen am Point of Sale zwischen Finanzdienstleistern und ihren Kunden und schafft eine Registrierungspflicht für Kundenberater in einem Beraterregister. Anderseits führt das FIDLEG erstmalig ein umfassendes Prospektrecht mit Prospektaenehmigungspflicht durch eine Prüfstelle ein, welche nach Ablauf einer Übergangsfrist ab dem 1. Dezember 2020 zwingend zur Anwendung kommen werden. Das teilweise veraltete, in unterschiedlichen Erlassen geregelte Prospektrecht wird so mit dem FIDLEG auf einen modernen Stand gebracht, auch hier mit einer Anlehnung, wo sinnvoll, an die geltenden Normen in der EU, namentlich die EU-Prospektverordnung, und durch die Pflicht der Finanzdienstleister ergänzt, den Anlegern ein konzises, auch für Laien verständliches «Basisinformationsblatt» zur Verfügung zu stellen.

Das FINIG regelt ergänzend dazu die Bewilligungspflichten für und Anforderungen an Finanzinstitute, d.h. Vermögensverwalter von Kollektivvermögen (Vermögensverwalter von kollektiven Kapitalanlagen und Vorsorgeeinrichtungen), Fondsleitungen, Wertpapierhäuser (früher Effektenhändler) sowie neu Vermögensverwalter und Trustees, welche vorher einzig dem Geldwäschereigesetz unterstellt waren.

Die vorliegende Kommentierung zu dieser sich schwerpunktmässig über das FIDLEG und FINIG erstreckenden Thematik erläutert die einzelnen Bestimmungen im Rahmen eines Überblicks über die ganze Materie unter Angabe von weitergehenden praxisbezogenen

Hinweisen. Als Grundlage dienten vorwiegend die Materialien und Literatur zum neuen Recht sowie – soweit noch relevant – die Materialien, Rechtsprechung und Literatur zum bisherigen Recht. Literatur und Praxisfestlegung sind bis am 1. Juni 2020 berücksichtigt. Die Autoren danken den Partnern von Meyerlustenberger Lachenal für ihre Bereitschaft, das Projekt mitzutragen, sowie für die Unterstützung während der Ausarbeitungsphase. Speziellen Dank für ihre wertvolle und geschätzte Mitarbeit verdienen – in alphabetischer Reihenfolge – Valérie Bayard, Sandro Bojic, Helin Cigerli, Richard Lötscher, Anna Ostermayer, Fabienne Walter und Tobias Weber, ohne deren Mitarbeit diese Kommentierung nicht hätte realisiert werden können. Für die redaktionelle und EDV-technische Umsetzung möchten wir auch Ulrike Kläger und Valentina Cefalà und für die intensive verlagsseitige Betreuung Luzia Bachofner bestens danken.

Zürich, September 2020

Alexander Vogel

Christoph Heiz

Reto Luthiger

6

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	t	5
Inhaltsve	rerzeichnis	7
Abkürzu	ıngsverzeichnis	21
Literatur	rverzeichnis	31
Material	lienverzeichnis	39
Kommer	ntar FIDLEG	43
Nr. 1	Bundesgesetz über die Finanzdienstleistungen (Finanzdienstleistungsgesetz, FIDLEG)	44
	1. Titel: Allgemeine Bestimmungen	44
	2. Titel: Anforderungen für das Erbringen von Finanzdienstleistungen	95
	Kapitel: Erforderliche Kenntnisse	95
	2. Kapitel: Verhaltensregeln	97
	1. Abschnitt: Grundsatz	97
	Abschnitt: Informationspflicht	99
	Abschnitt: Angemessenheit und Eignung von Finanzdienstleistungen	.108
	4. Abschnitt: Dokumentation und Rechenschaft	
	5. Abschnitt: Transparenz und Sorgfalt bei Kundenaufträgen	.132
	Abschnitt: Institutionelle und professionelle Kunden	.142
	3. Kapitel: Organisation	. 145
	Abschnitt: Organisatorische Massnahmen	. 145
	Abschnitt: Interessenkonflikte	. 152
	4. Kapitel: Beraterregister	.160
	Titel: Anbieten von Finanzinstrumenten	. 188
	Kapitel: Prospekt für Effekten	. 188
	1 Abschnitt: Allgemeines	188

	2. Abschnitt: Anforderungen	201
	3. Abschnitt: Erleichterungen	215
	Abschnitt: Kollektive Kapitalanlagen	218
	Abschnitt: Prüfung des Prospekts	227
	2. Kapitel: Basisinformationsblatt für Finanzinstrumente	250
	3. Kapitel: Veröffentlichung	274
	4. Kapitel: Werbung	289
	5. Kapitel: Haftung	292
	Kapitel: Anbieten von strukturierten Produkten und Bilden von Sondervermögen	299
	4. Titel: Herausgabe von Dokumenten	
	5. Titel: Ombudsstellen	
	1. Kapitel: Vermittlung	315
	Kapitel: Pflichten der Finanzdienstleister	323
	Kapitel: Aufnahme und Ausschluss	330
	4. Kapitel: Anerkennung und Veröffentlichung	334
	6. Titel: Aufsicht und Informationsaustausch	339
	7. Titel: Strafbestimmungen	340
	8. Titel: Schlussbestimmungen	342
	Anhang: Änderung anderer Erlasse (Art. 94)	347
Ne 2	Varandarina üben die Finanzalianstleistungen	
Nr. 2	Verordnung über die Finanzdienstleistungen (Finanzdienstleistungsverordnung, FIDLEV)	348
	Titel: Allgemeine Bestimmungen	
	Titel: Anforderungen für das Erbringen von Finanzdienstleistungen	
	Kapitel: Verhaltensregeln	
	Abschnitt: Informationspflicht	
	Abschiltt: Angemessenheit und Eignung von	
	Finanzdienstleistungen	355
	Abschnitt: Dokumentation und Rechenschaft	
	Abschnitt: Transparenz und Sorgfalt bei Kundenaufträgen	
	Abschnitt: Professionelle Kunden	
	2. Kapitel: Organisation	
	Abschnitt: Organisatorische Massnahmen	
	Abschnitt: Interessenkonflikte und damit verbundene Pflichten	
	Kapitel: Beraterregister	

Abschnitt: Ausnahme von der Registrierungspflicht und Berufshaftpflichtversicherung	362
Abschnitt: Registrierungsstelle	
Abschnitt: Meldepflicht und Gebühren	366
Titel: Anbieten von Finanzinstrumenten	367
1. Kapitel: Prospekt für Effekten	367
Abschnitt: Allgemeines	
Abschnitt: Anforderungen	
Abschnitt: Erleichterungen	
Abschnitt: Kollektive Kapitalanlagen	
Abschnitt: Prüfung des Prospekts	
Abschnitt: Nachträge zum Prospekt	
7. Abschnitt: Prüfverfahren	
8. Abschnitt: Prüfstelle	
9. Abschnitt: Gebühren	
2. Kapitel: Basisinformationsblatt für Finanzinstrumente	
1. Abschnitt: Pflicht	
2. Abschnitt: Ausnahmen	
3. Abschnitt: Inhalt, Sprache, Gestaltung und Umfang	
Abschnitt: Überprüfung und Anpassung	
Kapitel: Veröffentlichung des Prospekts	
4. Kapitel: Werbung	
5. Kapitel: Anbieten von strukturierten Produkten und Bilden von	
Sondervermögen	388
4. Titel: Herausgabe von Dokumenten	388
5. Titel: Ombudsstellen	389
6. Titel: Schlussbestimmungen	390
Kapitel: Änderung anderer Erlasse	
Kapitel: Übergangsbestimmungen	390
3. Kapitel: Inkrafttreten	395
Anhang 1: Mindestinhalt des Prospekts Schema für Beteiligungspapiere (Art. 50, 54 und 57)	395
Anhang 2: Mindestinhalt des Prospektes Schema für Forderungspapiere (ohne Derivate) (Art. 50, 54 und 57)	
Anhang 3: Mindestinhalt des Prospektes Schema für Derivate (Art. 50, 54 und 57)	418

	Anhang 4: Mindestinhalt des Prospektes Schema für Immobiliengesellschaften (Art. 50, 54 und 57)	431
	Anhang 5: Mindestinhalt des Prospektes Schema für Investmentgesellschaften (Art. 50, 54 und 57)	
	Anhang 6: Mindestinhalt des Prospekts Schema für kollektive Kapitalanlagen (Art. 58)	
	Anhang 7: Effekten, deren Prospekt nach Artikel 51 Absatz 2 FIDLEG erst nach der Veröffentlichung geprüft werden muss (Art. 60)	
	Anhang 8: Gebührenordnung für Verfügungen und Dienstleistungen der Prüfstelle (Art. 79)	461
	Anhang 9: Basisinformationsblatt (Art. 88 und 90)	462
	Anhang 10: Dokumente nach ausländischem Recht, die als dem	
	Basisinformationsblatt gleichwertig anerkannt werden (Art. 87)	
	Anhang 11: Änderung anderer Erlasse (Art. 102)	472
Nr. 3	Rundschreiben 2013/8 Aufsichtsregeln zum Marktverhalten im	472
	Effektenhandel (Marktverhaltensregeln)	
	I. Zweck	
	II. Geltungsbereich	
	III. Insiderinformationen (Art. 2 Bst. j FinfraG)	
	IV. Ausnützen von Insiderinformationen (Art. 142 FinfraG)	
	V. Marktmanipulation (Art. 143 FinfraG)	
	VI. Marktmissbrauch im Primärmarkt, mit ausländischen Effekten sowie in anderen Märkten	
	VII. Organisationspflichten	480
	A. Umfang	480
	B. Umgang mit marktmissbräuchlichen Geschäften	480
	C. Informationsbarrieren / Vertraulichkeitsbereiche	480
	D. Überwachung von Mitarbeitergeschäften	481
	E. Watch List und Restricted List	482
	F. Aufzeichnungspflichten	482
	G. Hochfrequenzhandel / Algorithmischer Handel	
	H. Prüfung	
	VIII. (Aufgehoben)	
	Verzeichnis der Änderungen	
Kommon	etar FINIG	197

Nr. 4	Bundesgesetz über die Finanzinstitute (Finanzinstitutsgesetz, FINIG)	488
	Kapitel: Allgemeine Bestimmungen	488
	Abschnitt: Gegenstand, Zweck und Geltungsbereich	488
	Abschnitt: Gemeinsame Bestimmungen	498
	Kapitel: Finanzinstitute	520
	Abschnitt: Vermögensverwalter und Trustees	
	Abschnitt: Verwalter von Kollektiwermögen	538
	Abschnitt: Fondsleitungen	562
	Abschnitt: Wertpapierhäuser	586
	Abschnitt: Zweigniederlassungen	
	Abschnitt: Vertretungen	
	3. Kapitel: Aufsicht	
	Kapitel: Verantwortlichkeit und Strafbestimmungen	64
	Abschnitt: Verantwortlichkeit	64
	Abschnitt: Strafbestimmungen	
	Kapitel: Schlussbestimmungen	
	Anhang: Aufhebung und Änderung anderer Erlasse (Art. 73)	
Nr. 5	Verordnung über die Finanzinstitute (Finanzinstitutsverordnung, FINIV)	650
	Kapitel: Allgemeine Bestimmungen	650
	Abschnitt: Gegenstand und Geltungsbereich	650
	Abschnitt: Gemeinsame Bestimmungen	654
	2. Kapitel: Finanzinstitute	659
	Abschnitt: Vermögensverwalter und Trustees	659
	Abschnitt: Verwalter von Kollektiwermögen	666
	Abschnitt: Fondsleitungen	
	Abschnitt: Wertpapierhäuser	
	Abschnitt: Zweigniederlassungen	
	6. Abschnitt: Vertretungen	
	3. Kapitel: Aufsicht	
	Abschnitt: Vermögensverwalter und Trustees	
	Abschnitt: Verwalter von Kollektiwermögen, Fondsleitungen, Wertpapierhäuser, Finanzgruppen und Finanzkonglomerate	
	Abschnitt: Insolvenzrechtliche Massnahmen	64.
	Abschnitt: Insolvenzrechtliche Massnahmen Kapitel: Schlussbestimmungen	

Nr. 6	Entwurf zur Verordnung der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht über die Finanzinstitute (Finanzinstitutsverordnung-FINMA, FINIV-FINMA)	696
	Kapitel: Vermögensverwalter und Trustees	696
	2. Kapitel: Verwalter von Kollektivvermögen	698
	Abschnitt: Begriff und Berechnung De-minimis-Schwelle	698
	Abschnitt: Risikomanagement, Compliance und IKS	699
	Abschnitt: Berufshaftpflichtversicherung	
	3. Kapitel: Fondsleitungen	704
	Kapitel: Aufsichtsprüfung und Rechnungsprüfung für Verwalter von Kollektivvermögen und Fondsleitungen	704
	Kapitel: Eigenmittelnachweis von Wertpapierhäusern, die selber keine Konten führen	706
	6. Kapitel: Form der Zustellung	706
	7. Kapitel: Schlussbestimmungen	706
	Anhang: Änderung anderer Erlasse (Art. 22)	
Nr. 7	Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen (Bankengesetz, BankG)	
	Erster Abschnitt: Geltungsbereich des Gesetzes	
	Zweiter Abschnitt: Bewilligung zum Geschäftsbetrieb	712
	Dritter Abschnitt: Eigene Mittel, Liquidität und andere Vorschriften über die Geschäftstätigkeit	718
	Vierter Abschnitt: Rechnungslegung	720
	Fünfter Abschnitt: Systemrelevante Banken	722
	Sechster Abschnitt: Zusätzliches Kapital	724
	Siebenter Abschnitt: Spareinlagen und Depotwerte	729
	Achter Abschnitt:	730
	Neunter Abschnitt: Überwachung und Prüfung	731
	Zehnter Abschnitt: Aufsicht	731
	Elfter Abschnitt: Massnahmen bei Insolvenzgefahr	734
	Zwölfter Abschnitt: Konkursliquidation insolventer Banken (Bankenkonkurs)	
	Dreizehnter Abschnitt: Einlagensicherung	
	Dreizehnter Abschnitt a: Nachrichtenlose Vermögenswerte	
	Vierzehnter Abschnitt: Verantwortlichkeits- und Strafbestimmungen	
	Fünfzehnter Abschnitt: Übergangs- und Schlussbestimmungen	
	Schlussbestimmungen der Änderung vom 11. März 1971	
	Schlussbestimmungen der Änderung vom 18. März 1994	

	Schlussbestimmungen der Änderung vom 22. April 1999	753
	Schlussbestimmungen der Änderung vom 3. Oktober 2003	
	Schlussbestimmungen der Änderung vom 17. Dezember 2004	754
	Übergangsbestimmung zur Änderung vom 30. September 2011	754
	Übergangsbestimmung zur Änderung vom 22. März 2013	754
Nr. 8	Verordnung über die Banken und Sparkassen (Bankenverordnung,	
	BankV)	755
	Kapitel: Allgemeine Bestimmungen	755
	2. Kapitel: Bewilligungen	760
	1. Abschnitt: Angaben zu Personen und Beteiligten im	
	Bewilligungsgesuch und Änderung von Tatsachen	760
	Abschnitt: Organisation der Banken	762
	2a. Abschnitt: Organisation der Personen nach Artikel 1b BankG	764
	Abschnitt: Kapitalanforderungen	767
	4. Abschnitt: Grenzüberschreitende Sachverhalte	768
	Kapitel: Finanzgruppen und Finanzkonglomerate	769
	4. Kapitel: Rechnungslegung	771
	Abschnitt: Einzelabschluss	771
	Abschnitt: Konzernrechnung	774
	3. Abschnitt: Ausführungsbestimmungen zur Rechnungslegung	778
	Kapitel: Einlagensicherung von Banken	778
	Kapitel: Nachrichtenlose Vermögenswerte	
	1. Abschnitt: Begriff	
	2. Abschnitt: Übertragung	
	Abschnitt: Publikation	
	4. Abschnitt: Liquidation	782
	7. Kapitel: Besondere Bestimmungen für systemrelevante Banken	
	Abschnitt: Notfallplanung	
	Abschnitt: Verbesserung der Sanier- und Liquidierbarkeit	
	Kapitel: Schlussbestimmungen	
	Anhang 1: Mindestgliederung der Jahresrechnung (Art. 28)	
	A. Bilanz	
	1. Aktiven	
	2. Passiven	
	Ausserbilanzgeschäfte	
	B. Erfolgsrechnung	

	C. Geldflussrechnung	793
	D. Eigenkapitalnachweis	794
	E. Anhang	794
	Anhang 2: Änderung anderer Erlasse (Art. 68)	797
	Anhang 3: Kategorisierung der Banken (Art. 2 Abs. 2 und 3)	797
Nr. 9	Verordnung der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht über die ausländischen Banken in der Schweiz (Auslandbankenverordnung-FINMA, ABV-FINMA)	799
	Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen	
	Abschnitt: Zweigniederlassungen	
	3. Abschnitt:	
	4. Abschnitt: Vertretungen	
	5. Abschnitt: Schlussbestimmungen	
	-	
Nr. 10	Rundschreiben 2008/3 Gewerbsmässige Entgegennahme von Publikumseinlagen durch Nichtbanken im Sinne des Bankengesetzes (Publikumseinlagen bei Nichtbanken)	806
	I. Gegenstand und Anwendungsbereich	
	II. Strafbestimmungen	
	III. Kriterien zur Beurteilung der Einlagen	
	A. Erfolgt die Entgegennahme von Publikumseinlagen gewerbsmässig (Art. 6 Abs. 1–4 BankV)?	
	B. Haben die Fremdmittel die Eigenschaft von Einlagen (Art. 5 Abs. 3 Bst. a–f BankV)?	
	a) Fremde Mittel ohne Darlehens- oder Hinterlegungscharakter (Art. 5 Abs. 3 Bst. a BankV)	
	b) Anleihensobligationen (Art. 5 Abs. 3 Bst. b BankV)	
	c) Abwicklungskonti (Art. 5 Abs. 3 Bst. c BankV)	
	d) Gelder für Lebensversicherungen und die berufliche Vorsorge (Art. 5 Abs. 3 Bst. d BankV)	
	e) Zahlungsmittel und Zahlungssysteme (Art. 5 Abs. 3 Bst. e BankV)	
	C. Handelt es sich um Einlagen aus dem Publikum (Art. 5 Abs. 2 Bst. a–f BankV)?	
	a) Banken (Art. 5 Abs. 2 Bst. a BankV)	
	b) Nahestehenden (Art. 5 Abs. 2 Bst. b und c BankV)	
	c) Institutionellen Anlegern (Art. 5 Abs. 2 Bst. d BankV)	

	d) Vereinen, Stiftungen oder Genossenschaften (Art. 5 Abs. 2 Bst. f BankV)	811
	e) Arbeitnehmern (Art. 5 Abs. 2 Bst. e BankV)	
	IV. Ausnahmen vom Verbot der gewerbsmässigen Entgegennahme von	
	Publikumseinlagen	812
	Verzeichnis der Änderungen	
Nr. 11	Rundschreiben 2017/1 Corporate Governance, Risikomanagement und	
Nr. 11	interne Kontrollen bei Banken (Corporate Governance, Kisikomanagement und	
	I. Gegenstand	
	II. Begriffe	
	III. Geltungsbereich (Proportionalitätsprinzip)	
	IV. Oberleitungsorgan	
	A. Aufgaben und Verantwortlichkeiten	
	a) Geschäftsstrategie und Risikopolitik	
	b) Organisation	
	c) Finanzen	
	d) Personelle und weitere Ressourcen	
	e) Überwachung und Kontrolle	
	f) Wesentliche Strukturveränderungen und Investitionen	
	B. Mitglieder des Oberleitungsorgans	
	a) Allgemeine Voraussetzungen	
	b) Unabhängigkeit	
	C. Grundsätze der Mandatsführung	
	D. Arbeitsteilung und Ausschüsse	819
	a) Rolle des Präsidenten	819
	b) Ausschüsse	819
	c) Aufgaben des Prüfausschusses	819
	d) Aufgaben des Risikoausschusses	820
	V. Geschäftsleitung	820
	A. Aufgaben und Verantwortlichkeiten	820
	B. Anforderungen an die Mitglieder der Geschäftsleitung	821
	VI. Risikopolitik und Grundzüge des institutsweiten Risikomanagements	821
	VII. Internes Kontrollsystem	822
	A. Ertragsorientierte Geschäftseinheiten	
	B. Unabhängige Kontrollinstanzen	822
	a) Einrichtung und Unterstellung	823

	b) Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Risikokontrolle	823
	c) Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Compliance-Funkti	ion824
	VIII. Interne Revision	825
	A. Einrichtung	825
	B. Unterstellung und Organisation	825
	C. Aufgaben und Verantwortlichkeiten	
	IX. Gruppenstrukturen	
	X. Übergangsbestimmungen	
	Verzeichnis der Änderungen	
Nr. 12	Rundschreiben 2010/1 Mindeststandards für Vergütungssysteme bei	
	Finanzinstituten (Vergütungssysteme)	828
	I. Ausgangslage	829
	II. Geltungsbereich	829
	III. Begriffe	831
	Gesamtvergütung	831
	Variable Vergütung	831
	Antrittsentschädigung	831
	Abgangsentschädigung	831
	Gesamtpool	831
	IV. Grundsätze	832
	Grundsatz 1	832
	Grundsatz 2	832
	Grundsatz 3	833
	Grundsatz 4	833
	Grundsatz 5	834
	Grundsatz 6	835
	Grundsatz 7	
	Grundsatz 8	
	Grundsatz 9	
	Grundsatz 10	
	V. Umsetzung	
	VI. Übergangsbestimmungen	
	Verzeichnis der Änderungen	
Nr. 13	Rundschreiben 2008/14 Aufsichtsreporting nach Jahres- und	
	Halbjahresabschluss bei Banken (Aufsichtsreporting – Banken)	840

	I. Zweck	841
	II. Erhebungskreis	841
	III. Gegenstand und Adressaten der Meldungen	842
	IV. Zeitpunkt und Frist	843
	A. Jahresabschluss	843
	B. Halbjahresabschluss	843
	V. Prüfung	843
	Anhang 1: Bestandteile der Meldungen	844
	I. Aufsichtsreporting auf Einzelbasis	844
	A. Jährlich	
	B. Halbjährlich	844
	II. Aufsichtsreporting auf konsolidierter Basis	845
	A. Jährlich	845
	B. Halbjährlich	845
	Anhang 2: Erklärungen über die Inhaber von qualifizierten oder massgebenden Beteiligungen	846
	Anhang 3: Sicherung der privilegierten Einlagen	
	I. Grundsätze für die Anrechenbarkeit von Aktiven	849
	II. Anrechenbare Aktiven	850
	A. Flüssige Mittel	850
	B. Forderungen gegenüber Banken	
	C. Forderungen gegenüber Kunden/Hypothekarforderungen	850
	D. Handelsgeschäft und Finanzanlagen	850
	E. Positive Wiederbeschaffungswerte derivativer	
	Finanzinstrumente	
	F. Sachanlagen	
	G. Sonstige Aktiven	
	III. Nicht anrechenbare Aktiven	851
	IV. Ausnahmen	851
	Verzeichnis der Änderungen	852
Nr. 14	Rundschreiben 2018/3 Auslagerungen bei Banken und Versicherungsunternehmen (Outsourcing – Banken und Versicherer)	95/
	I. Zweck	
	II. Begriffe	
	III. Geltungsbereich	
	IV. Zulässigkeit	830

Inhaltsverzeichnis

	A. Gemeinsame Bestimmungen	856
	B. Versicherungsunternehmen	857
	C. Verwalter von Kollektivvermögen, Fondsleitungen und SICAV®.	857
	V. Anforderungen an auslagernde Unternehmen	858
	A. Inventarisierung der ausgelagerten Funktionen	858
	B. Auswahl, Instruktion und Kontrolle des Dienstleisters	
	C. Konzern-/gruppeninterne Auslagerungen	859
	D. Verantwortung	
	E. Sicherheit	859
	F. Prüfung und Aufsicht	859
	G. Auslagerungen ins Ausland	
	H. Vertrag	
	VI. Auflagen und Ausnahmen	
	VII. Übergangsbestimmungen	
	Verzeichnis der Änderungen	
Nr. 15	Rundschreiben 2008/4 Führung des Effektenjournals durch	
NI. 13	Effektenhändler und Teilnehmer (Effektenjournal)	863
	I. Zweck	
	II. Geltungsbereich	
	III. Begriffe	
	IV. Grundsätze der Journalführungspflicht	
	V. Journalmässig zu erfassende Effekten und Derivate	
	A. Grundsätze	
	B. Ausnahmen	
	VI. Anforderungen an die Journalform	
	VII. Journalpflichtige Aufträge und Abschlüsse	
	VIII. Gliederung des Journals	
	IX. Inhalt des Journals	
	A. Bezeichnung der Effekten und Derivate	
	B. Zeitpunkt des Auftragseinganges	
	C. Bezeichnung der Geschäfts- und der Auftragsart	
	D. Umfang des Auftrages	
	E. Datum und Zeit der Ausführung	
	F. Umfang der Ausführung	
	G. Erzielter bzw. zugeteilter Kurs	